



Medienmitteilung

Bern 25. Februar 2010

Bevölkerungsumfrage Entwicklungspolitik Entwicklungszusammenarbeit breit verankert

Eine solide Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung betrachtet die Entwicklungshilfe als eine wirksame Strategie zur Lösung der weltweiten Armuts- und Entwicklungsprobleme. Die Stärkung des fairen Handels und die Behandlung globaler Probleme gelten als vordringliche Arbeitsfelder. Dies ergibt sich aus der repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die im Auftrag der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und von Alliance Sud durchgeführt wurde.

Die Solidarität mit Menschen in Armutsregionen hat trotz wirtschaftlicher Baisse keinen Einbruch erlitten: 53% der Befragten befürworteten eine Weiterführung auf bisherigem Niveau, 30 % sprechen sich sogar für eine Erhöhung aus. Das ist eine Zunahme von 8% gegenüber 2004. Den privaten und staatlichen Akteuren wird im allgemeinen hohe Professionalität attestiert. Die Entwicklungshilfe als Staatsaufgabe ist unbestritten. Mehrheitlich wird jedoch die Höhe der Ausgaben der Schweiz für Entwicklungszusammenarbeit in absoluten Beträgen und auch im Verhältnis zu andern OECD Länder deutlich überschätzt.

Bei den Vorschlägen für den Ausbau der Entwicklungshilfe dominieren Massnahmen zur Stärkung des fairen Handels und zur Lösung der globalen Probleme. Insbesondere Befragte unter 30 Jahren sehen eine vordringliche Aufgabe der privaten und staatlichen Entwicklungszusammenarbeit darin, globalen Herausforderungen wie z.B. dem Klimawandel oder der Ernährungskrise zu begegnen. Eine Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass die Schweizer Wirtschaft durch vermehrten Handel und Investitionen einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Armut leisten kann.

Die Wirksamkeit der Schweizer Entwicklungshilfe wird dort am höchsten eingeschätzt, wo sie in Zusammenarbeit mit Schweizer Hilfswerken und direkt (bilateral) mit den Ländern des Südens geschieht. Die Zusammenarbeit mit UNO-Organisationen wird von einer Mehrheit der Befragten begrüsst, während gegenüber einer Kooperation mit der Weltbank weiterhin eine gewisse Skepsis besteht.

Die Befragung legt auch ein schwindendes Themeninteresse und eine geringere Problemsensibilisierung offen: Schweizerinnen und Schweizer sind heute zu Nord-Süd Themen weniger gut informiert, als bei der letzten Befragung vor fünf Jahren. Entwicklungspolitik wird zudem verstärkt in den Kontext von innenpolitischen Themen gestellt. Der wirtschaftliche Nutzen für die Schweiz und die Verbindung von Entwicklungspolitik und Asylpolitik sind kein Tabu mehr.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und Alliance Sud befragen die Schweizer Bevölkerung seit 1985 alle vier bis fünf Jahre zu Fragen der Entwicklungspolitik. Die Ergebnisse des jüngsten „Entwicklungsmonitors“ basieren auf der Befragung von 1205 Stimmberechtigten in der ganzen Schweiz. Die jüngste Umfrage wurde durch das Meinungsforschungsinstitut gfs.Bern durchgeführt und fand im August 2009 statt.

Auskünfte:

Adrian Sollberger, Chef Mediensprecher, Information EDA, Tel: 031 325 37 83

E-Mail: adrian.sollberger@eda.admin.ch

Peter Niggli, Geschäftsleiter von Alliance Sud, der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft von Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks, Tel. 079 262 69 27